Ein historisches Versagen

Tamanna Assad und
Lava Khwahish Mohammadi

Abschiebungen nach Afghanistan trotz Aufnahmezusagen

Am 8. Mai 2025 hat die unionsgeführte Bundesregierung sämtliche Einreisen über das Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan ausgesetzt. Für 2.384 Menschen, die bereits eine Aufnahmezusage erhalten hatten, bedeutete dies das jähe Ende einer Hoffnung, die rechtlich und menschlich bindend war.

Laut IOM Afghanistan wurden bislang rund zwei Millionen Afghan*innen aus Pakistan und Iran abgeschoben, darunter auch Ortskräfte mit deutscher Aufnahmezusage. Seit Mitte August wurden allein in Pakistan 661 afghanische Staatsangehörige festgenommen. Davon wurden bereits 248 nach Afghanistan abgeschoben, obwohl sie ursprünglich für die Ausreise nach Deutschland vorgesehen waren.

Doch selbst in den USA oder Deutschland sind Afghaninnen nicht vollständig sicher. Trotz der alarmierenden humanitären Krise und Warnungen von Menschenrechtsorganisationen sowie afghanischen Aktivist*innen schiebt auch Deutschland Menschen nach Afghanistan ab. Bereits zwei Flüge wurden durchgeführt, insgesamt 109 Menschen abgeschoben (Mediendienst Integration, 2025). Jüngste Direktgespräche zwischen BMI und Paria-Regime der Taliban haben vereinbart, dass es noch mehr Abschiebungen werden sollen.

Aufnahmezusagen sind mehr als Versprechen

Viele vom Ende des Aufnahmeprogramms Betroffene sind Frauenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen oder Angehörige von Minderheiten, die durch ihre Arbeit direkt ins Visier der Taliban geraten sind. Aufnahmezusagen sind keine symbolischen Gesten. Sie sind Verwaltungsakte mit bindender Rechtswirkung. Wer eine Zusage erhält, darf auf den deutschen Rechtsstaat vertrauen.

Das Verwaltungsgericht Berlin hat am 29. April 2025 bestätigt, dass Zusagen im Rahmen des Aufnahmeprogramms rechtsverbindlich sind (vgl. VG Berlin, Az. VG 8 L 290/25). Grundlage hierfür sind § 23 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz sowie § 35 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz. Aufnahmezusagen können nicht einfach „ausgesetzt" werden. Sie müssten – wenn überhaupt – durch einen neuen Verwaltungsakt aufgehoben werden, etwa durch Widerruf oder Rücknahme. Diese Verfahren unterliegen strengen rechtlichen Voraussetzungen und müssen für jede einzelne Person begründet werden.

Die Entscheidung der Bundesregierung, pauschal alle Einreisen zu stoppen, ist daher nicht nur politisch, sondern auch rechtlich höchst fragwürdig. Sie schafft einen Präzedenzfall, der das Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert.

Chaos statt Schutz

Besonders bitter: NGOs wurden mit der Umsetzung des Aufnahmeprogramms betraut, mussten Anträge aufnehmen und Sicherheitsprüfungen begleiten. Betroffene mussten lange Verfahren überstehen und glaubten, nach positivem Bescheid endlich in Sicherheit zu gelangen. Stattdessen kam das abrupte Ende: keine Ausreise, keine Visa, keine Sicherheit.

Das Ergebnis ist ein Chaos, das die ohnehin gefährliche Lage für Schutzsuchende in Pakistan verschärft hat. Pakistan steht selbst unter Druck, Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen – und genau das ist am 11. September geschehen. Wer Aufnahmezusagen hatte, wurde dennoch abgeschoben.

Rechtliche und moralische Verantwortung

Aus unserer Sicht als afghanischer Frauenverein ist klar: Die Bundesregierung verletzt mit dieser Entscheidung nicht nur internationales Recht und die Grundprinzipien des Verwaltungsrechts, sondern

auch eine moralische Verpflichtung gegenüber den Menschen, die sie jahrelang durch ihre Arbeit in Afghanistan unterstützt haben.

Es geht nicht nur um juristische Details. Es geht um Menschenleben, um Frauen, die nun gezwungen werden, wieder in Burka und Unsichtbarkeit zu verschwinden; um Journalist*innen, die zum Schweigen gebracht werden; um Kinder, die in ein Land zurückgeschickt wurden, in dem keine Schule für sie offensteht.

Die unionsgeführte Bundesregierung mag glauben, sie habe einen „geordneten Stopp" verhängt. In Wahrheit hat sie Recht gebrochen – und die Verantwortung für das Leben von 2.384 Menschen verweigert.

Die humanitäre Lage in Afghanistan

Das Leben in Afghanistan gleicht einer Gefangenschaft, insbesondere für Mädchen*, Frauen* und queere Menschen. Sie dürfen weder selbstbestimmt leben noch sich frei im öffentlichen Raum bewegen oder gemäß der neuen Taliban-Gesetze sogar mal in der Öffentlichkeit sprechen. Lernen, arbeiten und sogar männliche (Fach-)Ärzte aufzusuchen ist verboten, während Ärztinnen nicht oder nur unter extrem schlechten Bedingungen arbeiten dürfen.

Viele fühlen sich machtlos und entwickeln sogar Schuldgefühle gegenüber ihren eigenen Kindern. „Ich bin es leid, meiner Tochter nicht helfen zu können, während ich mich als Menschenrechtsaktivistin über zehn Jahre für die Rechte von Kindern und Frauen eingesetzt habe. […] ich habe Frauen bei häuslicher Gewalt unterstützt und Kinder zu Hause in Englisch unterrichtet" erklärt Munira Naimi, eine ehemalige Englischlehrerin.

Frauen leiden nicht nur unter gesellschaftlichen Einschränkungen, sondern auch unter psychischen Erkrankungen und der ständigen Angst, dass ihre minderjährigen Töchter von älteren und gewalttätigen Taliban-Mitgliedern zwangsverheiratet werden. Diese Frauen sind völlig auf sich gestellt – ohne medizinische und therapeutische Versorgung. Das hat zuletzt zu einer massiven Zunahme von Suiziden, v.a. durch Selbstverbrennungen, unter Mädchen* und Frauen* geführt. (Stern, 2024)

Flucht

Nach der Machtübernahme der Taliban flohen viele Menschen in Nachbarländer wie in den Iran und nach Pakistan, da sie selbst oder ihre Familien nicht mehr sicher waren und mit Todesurteilen bedroht wurden, darunter viele Aktivist*innen, Journalist*innen, ehemalige Angehörige des afghanischen Militärs und Ortskräfte. Doch aufgrund der Migrationspolitik dieser Länder wurden zuletzt Millionen Menschen wieder nach Afghanistan abgeschoben.

Afghan*innen erleben im Iran und in Pakistan massive Diskriminierung und Gewalt. Sie werden nicht nur von der Polizei gejagt, sondern auch von Zivilist*innen erniedrigt, diskriminiert sowie verbal und körperlich attackiert – selbst in ihren Wohnungen. Haushalte werden zerstört, Familien geschlagen, auch Kinder und Frauen. In den sozialen Medien kursieren zahlreiche Videos, die diese grausame Realität dokumentieren.

Viele Afghan*innen leben bereits seit Generationen in Iran und Pakistan, haben dort gearbeitet, investiert und sich ein

Online-Veranstaltung

Von Afghanistan nach Deutschland

Wir erläutern die verschiedenen Möglichkeiten der Einwanderung–- Fachkräfte, Chancenkarte, Familienzusammenführung, Asyl, Studium & Ausbildung, Freiwilligendienste. Deutsch und Dari.

- 6.11.2025, 18.00 Uhr

Anmeldung und Information: reinhard.pohl@gegenwind.info

Veranstalter: Gesellschaft für politische Bildung e.V.

neues Leben aufgebaut. Doch die Behörden interessiert das nicht – unabhängig davon, ob jemand eine gültige Aufenthaltserlaubnis hat, auf Evakuierung wartet oder in Afghanistan von Verfolgung bedroht ist. Menschen werden einfach abgeschoben, oft ohne ihre Wertsachen mitnehmen zu dürfen. Einige von ihnen wurden bereits nach ihrer Rückkehr von den Taliban festgenommen oder ermordet.

Ein aktuelles Beispiel:

Am Abend des 23.09.2025 erreichte mich über eine WhatsApp-Gruppe eine erschütternde Nachricht: A. B., eine ehemalige Sicherheitskraft, die aus dem Iran nach Afghanistan abgeschoben wurde, ist von den Taliban gefoltert und ermordet worden. Und das ist leider kein Einzelfall.

Die Situation ist geprägt von Angst, Bedrohungen und Unsicherheit. In den WhatsApp-Gruppen herrscht jedes Mal Chaos, wenn erneut ein schreckliches Ereignis bekannt wird – und leider sind es immer wieder nur schreckliche Nachrichten.

Stimmen aus dem Exil

S. A., eine junge afghanische Aktivistin, die sich derzeit im Iran befindet, berichtet: „Wir sind acht Personen in einem kleinen Zimmer. Ich darf weder ein Bankkonto eröffnen noch eine SIM-Karte kaufen. Jedes Mal, wenn ich das Haus verlasse, bete ich, dass ich wieder zurückkehre und nicht von der iranischen Polizei festgenommen und abgeschoben werde."

T. M., derzeit mit drei kleinen Kindern in Pakistan, schildert: „Mein Mann war Sicherheitskraft und hatte viele gemeinsame Einsätze mit der NATO. Trotzdem hat uns kein Evakuierungsprogramm geholfen. Er musste vor fast vier Jahren nach Deutschland fliehen und versucht nun, uns nachzuholen. Seit anderthalb Jahren bin ich mit meinen Kindern in Pakistan, weil wir bei der deutschen Botschaft in Islamabad ein Interview hatten. Unser pakistanisches Visum wird nicht verlängert – oder nur gegen sehr viel Geld. Vor etwa drei Monaten hat die pakistanische Polizei unsere Unterkunft durchsucht. Zum Glück konnten wir uns bei Nachbarn verstecken. Seitdem haben meine Kinder und ich noch mehr Albträume – nicht nur von den Taliban, nun auch von der pakistanischen Polizei."

Veranstaltung

Shab-e-Yalda & 4 Jahre Afghanischer Stammtisch SH – Afghanische Feministische Stimmen

Afghanische und iranische Frauen* bringen ihre Poesie und Erfahrungen auf die Bühne, um Sichtbarkeit, Solidarität und Empowerment zu stärken. Kultur, Austausch, Musik, afghanischer Modenschau & Yalda-Essen in einem sicheren Raum der Gemeinschaft.

- 12.12.2025, ab 16 Uhr

Ort: Baukulturforum Kiel, Waisenhofstr. 3

Anmeldung: https://eveeno.com/255887796

Veranstalter: AMIF-Projekt SH-Ahoi vom Flüchtlingsrat SH und der Afghanische Stammtisch SH, Kontakt: Rosa Mare – sh-ahoi@frsh.de

Afghanistan im Schatten von Natur- und Klimakatastrophen

Erdbeben und Dürre belasten die Bevölkerung schwer. Während die politische Lage in Afghanistan weiterhin für Unsicherheit und Perspektivlosigkeit sorgt, ist die Bevölkerung nun zusätzlich von schweren Naturkatastrophen betroffen. Erst kürzlich erschütterte ein verheerendes Erdbeben Teile des Landes und forderte Hunderte Todesopfer, verletzte viele weitere Menschen und zerstörte unzählige Häuser. Familien haben nicht nur ihre Angehörigen verloren, sondern stehen auch ohne Schutz vor Wind und Wetter da. Besonders Frauen, Kinder und ältere Menschen sind in dieser Situation gefährdet – sie sind diejenigen, die am wenigsten Zugang zu Hilfe erhalten und oft auf sich allein gestellt bleiben.

Doch das Erdbeben ist nicht die einzige Naturkatastrophe, mit der Afghanistan zu kämpfen hat. Seit Jahren leiden die Menschen unter anhaltender Dürre. Felder vertrocknen, Ernten bleiben aus, und viele Familien verlieren ihre Lebensgrundlage. Wassermangel zwingt Menschen dazu, ihre Dörfer zu verlassen und in andere Regionen zu ziehen – oft ohne Gewissheit, dort ein besseres Leben zu finden. Die Dürre verschärft zudem die ohnehin prekäre Ernährungssituation im Land: Millionen Menschen sind von Hunger bedroht.

Diese Katastrophen treffen ein Land, das ohnehin von politischen und sozialen Krisen geschwächt ist. Für Frauen ist die Situation besonders dramatisch. In Notunterkünften und Hilfslagern fehlt es an Privatsphäre und Schutz, medizinische Versorgung ist kaum vorhanden, und der Zugang zu Bildung für Mädchen wird durch die Krisen weiter erschwert.

Das Versagen der Bundesregierung

Die jüngsten Ankündigungen der Bundesregierung, direkte Gespräche mit den Taliban aufzunehmen und zwei Taliban-Konsulate in Deutschland zuzulassen, haben die afghanische Diaspora zutiefst verunsichert (Labournet Germany, 2025). Viele berichten, dass sie sich selbst hier nicht mehr sicher fühlen. Afghanische Aktivist*innen befürchten Überwachung und Verfolgung durch die Taliban auch in Deutschland.

Unter dem Deckmantel einer angeblich bloß „technischen Zusammenarbeit" mit den Taliban werden Rückführungen ermöglicht. Doch dieser Begriff verschleiert die Realität. Jede Form von Kooperation bedeutet faktisch eine Aufwertung und Anerkennung eines Regimes, das Frauen entrechtet, Minderheiten verfolgt und Menschenrechte systematisch verletzt.

Afghanistan ist kein sicheres Land. Noch immer leiden die Menschen unter den Folgen von Gewalt, Terror und Unterdrückung. Naturkatastrophen wie Erdbeben und anhaltende Dürren verschärfen die Not zusätzlich. Millionen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, viele haben keinen Zugang zu Wasser, Nahrung oder medizinischer Versorgung. In diese Lage Menschen zurückzuschicken, bedeutet, ihr Leben wissentlich aufs Spiel zu setzen.

Besonders Frauen und Mädchen sind in Afghanistan massiven Gefahren ausgesetzt: Bildung wird ihnen weitgehend verwehrt, ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt, ihre Sicherheit ist nicht gewährleistet. Abschiebungen in ein solches Umfeld sind nicht nur unmenschlich, sondern auch ein Bruch mit dem Anspruch Deutschlands, Menschenrechte zu schützen.

Wir verurteilen diese Politik daher auf das Schärfste. Wer Abschiebungen durchführt und mit den Taliban verhandelt, trägt zur Stabilisierung und Legitimierung eines Systems bei, das Menschen unterdrückt. Deutschland muss seiner humanitären Verantwortung gerecht werden: Statt Abschiebungen braucht es Schutz, Solidarität und konkrete Unterstützung für die Zivilgesellschaft in Afghanistan. Nur so kann verhindert werden, dass diejenigen, die ohnehin am stärksten gefährdet sind, erneut im Stich gelassen werden.

Unsere Position

Der Afghanische Stammtisch SH kritisiert diese Politik nicht nur, sondern sieht darin eine neue Strategie der Bundesregierung, die Stimmen der afghanischen Diaspora gezielt durch die Taliban unter Druck zu setzen. Bereits jetzt ist spürbar, dass sich Aktivist*innen nach den Abschiebungen und der Ankündigung von Taliban-Konsulaten aus der Öffentlichkeit zurückziehen, weniger an Kundgebungen teilnehmen und sich aus den Medien zurücknehmen. Auch der Rechtsruck in Deutschland trägt zu diesem Klima bei.

Wir als Afghanischer Stammtisch SH sind zutiefst besorgt um unsere Community und fürchten, dass auch wir hier nicht mehr sicher sind und unsere Stimmen zum Schweigen gebracht werden sollen.

Tamanna Assad arbeitet als Volljuristin im Bereich Menschenrechte und Lava Mohammadi ist Sprecherin des afghanischen Stammtisches Schleswig-Holstein. Kontakt: afg.stammtisch@mail.de

»Warum Kinder aus Afghanistan nach Deutschland fliehen«

Aktueller Bericht von Terre des Hommes

Die Kinderrechtsorganisation Terre des Hommes macht auf die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen in Afghanistan aufmerksam und betont die Schutzverantwortung Deutschlands.

Der anlässlich des Weltkindertags am 20.09. erschienene Bericht »Sie sehen uns nicht als Menschen – Warum Kinder aus Afghanistan nach Deutschland fliehen«[1] bietet Informationen zur aktuellen kinderrechtlichen Situation in Afghanistan und lässt ausführlich afghanische Kinder und Jugendliche zu Wort kommen, die in Deutschland Schutz suchen mussten.

Der heute achtzehnjährige Najib* spricht über die Zwangsrekrutierungen von Jugendlichen durch die Taliban in seiner Heimatstadt: „Alle wussten, was das heißt: Sie zwingen dich, für sie zu arbeiten, als Kämpfer, oder schlimmer – sie misshandeln und vergewaltigen dich." Die mittlerweile neunzehnjährige Chakawak* floh vor dem Zwang ihres Vaters zur Verheiratung mit einem Talib: »Er sagte, ich sei eine Schande für die Familie und für alle Frauen in Afghanistan. Weil ich den Taliban nicht gehorche. Weil ich frei leben will.«

Joshua Hofert, Vorstandssprecher von Terre des Hommes, kommentiert: »Der Bericht zeigt eindrücklich, warum Kinder aus Afghanistan fliehen müssen. Doch anstatt angesichts dieser Realität Hilfe zu leisten wie ursprünglich versprochen, stoppt die Bundesregierung Aufnahmeprogramme für besonders gefährdete Menschen aus Afghanistan weitgehend. Statt Verhandlungen mit den Taliban über Abschiebungen zu führen, sollte die Bundesregierung sich für faire Asylverfahren einsetzen und die spezifischen Fluchtgründe von Kindern berücksichtigen.«

Der Bericht kann bei Terre des Hommes bestellt oder online heruntergeladen werden: www.tdh.de/warum-kinder-aus-afghanistan-nach-deutschland-fliehen
Rückfragen an t.wilmes@tdh.de.

1 https://www.tdh.de/warum-kinder-aus-afghanistan-nach-deutschland-fliehen